59. Jahrgang No. 244

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Freitag, 26. Mai 1911

Militär und Feuerbestattung.

Das preußische Kriegsministerium steht, wie wir kürzlich meldeten, der Feuerbestattung verständigerweise durchaus tolerant gegenüber, wie sich dies von selbst versteht für eine Behörde, die dienstlich nicht verpflichtet und daher nicht befugt ist, den Ansichten der schwärzesten Orthodoxie durch dienstliche Anordnungen Vorschub zu leisten. So hat das Kriegsministerium zu erkennen gegeben, daß bei Feuerbestattungen von Offizieren und Mannschaften die üblichen militärischen Ehrenbezeugungen anstandslos zu leisten sind. Es war dabei gemeldet worden, daß sich diese Stellungnahme mit den Anschauungen des Kaisers decke, der als „oberster Kriegsherr" und zugleich als „oberster Landesbischof" der evangelischen Kirche eine ungleich freiere, verständigere Auffassung von der fakultativen Feuerbestattung an den Tag legt, als die Mucker in allen Lagern.

Gegen diese erfreuliche und verständige Haltung des Kaisers und des Kriegsministeriums hetzt nunmehr die „Kreuzzeitung" mit ihrem bekannten orthodoxen Fanatismus und mit ihrer grenzenlosen Unduldsamkeit, indem sie folgende Zuschrift (anscheinend aus der Feder irgend eines strebsamen orthodoxen Kandidaten der Theologie) veröffentlicht:

„Demnach würden künftig auch diejenigen Offiziere und Soldaten gezwungen werden, Einäscherungen beizuwohnen, deren christliches Gefühl dadurch aufs tiefste verletzt wird (??), die jede Einäscherung als Schlag ins Gesicht für einen Christen (??) empfinden.

Für die christenfreundliche Propaganda der Einäscherungsvereine würde das allerdings ein großer Gewinn sein, wenn so zur Armee eingezogenen Soldaten die Verbrennung als etwas Vornehmes, vom Kaiser Gebilligtes vorgeführt würde, woran teilzunehmen Pflicht eines königstreuen Kriegers ist. Wo aber bleibt die angeblich tolerante Absicht des Gesetzes? Ich bitte die Schriftleitung, baldigst auf diesen Punkt nachdrücklich hinzuweisen, damit wenigstens in den Herrenhausverhandlungen dieser Gesichtspunkt zur Sprache kommt und wenigstens Garantien verlangt werden, falls das Gesetz nicht zu Fall gebracht werden kann."

Entkleidet man diese Sätze des tönenden Phrasengeklingels, das unter der angemaßten Maske der „Toleranz" vollführt wird, so bedeuten sie weiter nichts, als daß den Offizieren und Mannschaften der deutschen Armee die Teilnahme an den Feierlichkeiten einer Feuerbestattung verboten werde, nur damit der Anschein erweckt werde, als sei die Feuerbestattung ein so gemeiner Akt, daß des „Königs Rock" vor der Berührung mit dieser Schändlichkeit bewahrt bleiben müsse! Man sieht: die fanatischen Gegner der fakultativen Feuerbestattung werden in der Auswahl ihrer Mittel zur Hintertreibung des Feuerbestattungsgesetzes immer kindlicher und törichter. Sie fühlen wohl selbst, daß sie mit ihrem orthodoxen Jägerlatein zu Ende sind. Da kommts dann allerdings auf eine lächerliche Abgeschmacktheit mehr nicht an.

Die Sonntagsruhe im Schneidergewerbe.

Der Deutsche Zuschneiderverband schreibt uns:

In der Frage der Sonntagsruhe im Schneidergewerbe ist die Haltung des preußischen Handelsministers vielfach schwankend gewesen. Durch Erlaß vom 30. Dezember 1909 waren Aenderungs- oder Zurichtungsarbeiten für erlaubt erklärt worden. Als nun der Deutsche Zuschneiderverband in einer Eingabe nachgewiesen hatte, daß eine damalige allgemeine Erlaubnis dieser Arbeiten, wie sie die Unternehmer und auch einige Polizeibehörden aus diesem Erlasse herausgelesen hatten, in Widerspruch stehe mit den übereinstimmenden Entscheidungen der höchsten Gerichte, schränkte der Minister in einem Erlaß vom 19. Mai 1910 seinen früheren Erlaß dahin ein, daß nur handelsgewerbliche, nicht aber gewerbliche Arbeiten, wie Maßnehmen, zulässig seien. Hiergegen wandten sich nun wieder die Prinzipale. So erging unterm 22. April 1911 ein neuer Erlaß, der auf Grund des § 105e Absatz 1 der Gewerbeordnung die Beschäftigung eines Zuschneiders zum Zwecke des Maßnehmens nur in der Zeit nach Beendigung des Hauptgottesdienstes bis spätestens 2 Uhr nachmittags gestattet. Es bedarf dazu jedoch einer Verfügung der Regierungspräsidenten, die die Beschäftigung nur insofern gestatten können, als nach den örtlichen Verhältnissen ein Bedürfnis dazu anzuerkennen ist. Dabei ist nach der hierfür geltenden Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 3. April 1901 Ziffer 1 ein Bedürfnis für Sonntagsarbeit in der Regel nicht anzuerkennen, wenn und soweit sie bisher nicht üblich war. Da bisher entsprechende Bekanntmachungen der Regierungspräsidenten nicht erfolgt sind, ist die Beschäftigung von Zuschneidern an Sonn- und Feiertagen vorläufig nicht erlaubt und strafbar. Von Interessentenkreisen wird die gesetzliche Zulässigkeit vom 22. April bestritten. Sie gründet sich nämlich auf § 105e der Gewerbeordnung, der von Gewerben zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse handelt. Nur mit einer recht gewaltsam ausgedehnten Auslegung läßt sich das Schneidergewerbe unter diese einschränkend auszulegende Sonderbestimmung einordnen.

Wir weisen noch besonders darauf hin, daß der Gewerbeinspektor des Regierungsbezirks Düsseldorf in der Presse bekannt gegeben hat, daß die Beschäftigung der Zuschneider an Sonntagen nicht erlaubt und strafbar ist.

*

Die Wiener Schneideraussperrung. In Wien wurde gestern, wie uns ein Telegramm meldet, in einer Versammlung der von der Aussperrung betroffenen Stückmeister und Gehilfen der Herrenschneider mitgeteilt, daß trotz des vorgestrigen Beschlusses in einigen Betrieben die Stückmeister arbeiten dürfen; infolgedessen wurde der Ausstand der Stückmeister proklamiert.

Ein neuer Generalfeldmarschall. Der Kaiser hat den König Georg von Großbritannien und Irland zum Generalfeldmarschall in der preußischen Armee ernannt.

Die Deutsch-Asiatische Gesellschaft teilt uns mit, daß am Sonntag, 23. April 1911 in Schanghai ein schönes neues Gebäude für die deutsche Schule eröffnet und eingeweiht wurde. Der deutsche Generalkonsul, Herr v. Buri, öffnete die Eingangstür mit einem silbernen Schlüssel. Es folgte sodann eine Feier in der Aula, bei der der Generalkonsul eine Ansprache hielt. Abends schloß sich ein Diner im Generalkonsulat an. Die leer gewordenen alten Schulräume wurden für eine kleine Deutsch-Tsingtauer Gemäldeausstellung zur Verfügung gestellt.

Kurze Chronik.

Rußland hat auf sein Ersuchen bei den Mächten, sich an dem Schritte gegen die Türkei zu beteiligen, durchweg ablehnende Antworten erhalten.

Wie aus der Stadt Mexiko gemeldet wird, ist Präsident Diaz zurückgetreten, nachdem sich schwere Straßenkämpfe abgespielt hatten.

* Als Nachfolger Berteaux' als französischer Kriegsminister ist der General Goiran, Kommandeur des 6. Armeekorps in Aussicht genommen.

Der Zustand des Ministerpräsidenten Monis ist weiter zufriedenstellend.

* Ein junger Flugschüler namens Benson ist bei einem Probeflug in Hendon abgestürzt und getötet worden.

Die zweite Division des atlantischen Geschwaders der Vereinigten Staaten ist zu mehrtägigem Besuch in Kopenhagen eingetroffen.

* Näheres im Text des Blattes.

Rußland durch die Mächte desavouiert.

Die russische Regierung steht mit ihrer Note an die Pforte wegen der albanesischen Unruhen allein da, und der Chef des russischen Preßbureaus in Petersburg erklärt jetzt plötzlich, das Communiqué bedeute weder eine Drohung noch ein Ultimatum; es enthalte nur den allgemeinen Gedankengang, in dessen Grenzen Botschafter Tschariykow der Pforte eine mündliche Mitteilung machte. Dieses sei in freundlichster Weise unter Hinweis auf die Friedensliebe der türkischen Regierung erfolgt.

Der wahre Grund für diese plötzliche Schwenkung liegt in der Ablage, die sich Rußland bei seinem Vorgehen von den Mächten geholt hat. Uns wird telegraphisch gemeldet:

Konstantinopel, 26. Mai.

Nach Informationen der Pforte hat sich Rußland auch an andere Großmächte mit dem Ersuchen gewandt, sich an dem Schritt bei der Pforte zu beteiligen, **was sämtliche Mächte abgelehnt hätten.** Einige hätten den Schritt für unangemessen erklärt, da die Türkei ein unabhängiger Staat sei, und da im übrigen aus der bisherigen Haltung der Pforte nichts festzustellen sei, was den Schritt rechtfertigen könne. Schließlich hätten die Mächte erklärt, Montenegro müsse strengste Zurückhaltung und Neutrolität beobachten.

London, 25. Mai.

Wie Reuters Bureau erfährt, ist die Meldung, daß Großbritannien sich mit Rußland vereinigt habe, um der Türkei wegen der Lage an der montenegrinischen Grenze Vorstellungen zu machen, unbegründet. Die Regierung habe keine Vorstellungen irgend welcher Art bei der Pforte in dieser Angelegenheit erhoben.

Die Antwort der Pforte.

Konstantinopel, 25. Mai.

Sicheren Informationen zufolge wollte der russische Botschafter gestern dem Minister des Aeußern ein „Aide mémoire" über seine Erklärungen übergeben. **Der Minister lehnte die Annahme ab,** um dem Anschein einer Notenübergabe auszuweichen und versicherte dem Botschafter, daß die militärischen Maßnahmen der Pforte einzig und allein die Unterdrückung des Malissorenaufstandes bezwecken. Die Pforte denke nie daran, irgend jemand ohne Herausforderung anzugreifen.

Die gesamte türkische Presse drückt ihr Befremden aus über die Veröffentlichung des russischen Schrittes durch die Petersburger Telegraphenagentur. Wie auf der Pforte versichert wird, haben die übrigen Großmächte auf die Klagen Montenegros über die türkischen Truppenkonzentrationen geantwortet, daß die Maßnahmen der Pforte bloß die Unterdrückung des Aufstandes bezwecken.

Konstantinopel, 26. Mai.

Nach Informationen aus dem Ministerium des Aeußeren hat der Minister des Aeußeren Rifaat Pascha auf den hauptsächlichsten Punkt der russischen Mitteilung, wonach eine kategorische Erklärung über die Haltung der Türkei gegenüber Montenegro verlangt wird, **nicht geantwortet.** Der Minister erklärte, daß die Pforte **ihre Angelegenheiten unabhängig regele.** Sie habe sich bisher nie geweigert, über schwebende Fragen mit befreundeten Mächten freundschaftlich zu reden. Sie hege keine kriegerischen Absichten Montenegro gegenüber, verlange aber von Montenegro korrektes Handeln. Von Montenegro hänge es ab, ob die beiderseitigen Beziehungen in normale Bahnen zurückkehrten, doch müsse Montenegro die völkerrechtlichen Regeln achten und die Aufständischen nicht unterstützen. Ratschläge fänden einzig in Cetinje wirksame Verwendung. Schließlich erklärte der Minister, die Pforte werde **des Umstandes gedenken, daß von allen Großmächten nur Rußland einen solchen Schritt unternommen habe.**

Das ist deutlich; eine stärkere Abfuhr konnte Rußland mit seinem Schritte in Europa wie in Konstantinopel nicht gut erleben. Blinder Eifer schadet nur.

Zum englischen Bergarbeiterstreik wird uns aus London gemeldet: In einer Versammlung der Bergleute des Cambrian-Kohlenreviers wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Bedingungen des Abkommens vom 15. d. M. abzulehnen und den Ausstand bis zum äußersten fortzusetzen.

Riesenbrand in Japan.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Petersburg, 26. Mai.

Auf der japanischen Insel Jeddo ist ein Riesenbrand ausgebrochen, der Hunderte von Quadratkilometern umfaßt. Es brennen die Städte Otoru, Sacharo und die umliegenden Wälder, die die Stadt Sakodatat bedrohen. In der Provinz Kumamoto ist ein vulkanischer Erdriß entstanden, der hundert Häuser mit ihren Bewohnern verschlungen hat.

Schiffskatastrophe im Golf von Panama.

Sechzig Passagiere ertrunken.

(Telegraphischer Bericht.)

New-York, 25. Mai.

Nach einer Meldung aus Panama ist der Dampfer „Taboga" der National Steamship Line am 23. d. M. in der Höhe von Punta Mala auf einen Felsen aufgelaufen und gesunken. Soweit bisher bekannt, sind von hundert Passagieren, die sich an Bord befanden, nur vierzig gerettet.

Die Erdbebenkatastrophe auf dem Pamirplateau.

128 Menschen getötet.

(Telegraphische Berichte.)

Petersburg, 25. Mai.

Nach einer Meldung des Chefs des Pamirdetachements aus Skobelew im Ferghangebiet ist die Ortschaft Oroschor auf dem Pamirplateau während eines Erdbebens im Februar dieses Jahres durch einen Bergsturz **vollkommen verschüttet** worden. In vier anderen Dörfern wurden viele Häuser zerstört. **Hundertachtundzwanzig Menschen** sind **umgekommen.**

*

Wien, 25. Mai.

Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse" aus Athen hat auf der **Insel Leukos** ein **heftiges Erdbeben** stattgefunden. Einige Häuser sind eingestürzt. Mehrere Personen wurden verletzt. Am Hafen ist ein **großer Erdriß** entstanden.

Todessturz eines englischen Fliegers.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 26. Mai.

Die Fliegerkunst hat abermals ein Todesopfer gefordert. Gestern nachmittag stürzte ein über dem Hendonaerodrom im Norden Londons kreisender Aeroplan plötzlich zur Erde nieder. Die Hinzueilenden fanden den Flieger mit geschlossenen Augen tot an seinem Platze sitzend vor. Der Verunglückte ist der 25jährige Flieger Benson, ein Schüler des Erfinders der englischen Flugmaschine „Walkyrie". Die Ursache des sofort eingetretenen Todes war eine Gehirnerschütterung. Benson hatte beim Abstreifen aus einer für den Anfänger gefährlichen Höhe einen Gleitversuch unternommen, der aber mißglückte.

Das englische Antifliegergesetz.

London, 25. Mai.

Minister Churchill hat im Unterhause den in der gestrigen Sitzung angekündigten Gesetzentwurf zum Schutze des Publikums gegen Gefährdung durch Flugzeuge eingebracht.

Aufruhr in der Stadt Mexiko.

Diaz' Rücktritt.

(Telegraphischer Bericht.)

London, 26. Mai.

Der Rücktritt des Präsidenten Diaz erfolgte nach einem Telegramm aus der Hauptstadt von Mexiko gestern nachmittag 4 Uhr 45 Minuten. Mit diesem Zeitpunkt ist die provisorische Präsidentschaft auf den Minister des Aeußern de la Barra übergegangen. In den Straßen der Hauptstadt wogt eine dichtgedrängte Volksmenge. Gewalttätigkeiten sind nicht vorgekommen.

London, 25. Mai.

Wie das Reutersche Bureau aus Mexiko meldet, kam es in der Stadt zu Unruhen infolge der Weigerung des Präsidenten Diaz und des Vizepräsidenten Corral, vor Donnerstag abzudanken. **Truppen und Polizei eröffneten das Feuer auf die Menge und töteten und verwundeten viele.** Die Angaben über die Zahl der Toten schwanken zwischen 7 und 18. Aus Tehuantepec, Guadalajara und Zacatecas werden gleichfalls Unruhen gemeldet.

Ein Privat-Telegramm der „Frankf. Ztg." aus New-York meldet: Die Stadt Mexiko ist in den Händen der Rebellen, nachdem die ganze Nacht hindurch die Massen die Straßen unter Demonstrationen durchzogen hatten. Präsident Diaz ist in seinem von Truppen umstellten Palast eingeschlossen. Alles ist zur

Flucht nach Vera Cruz

und von dort auf ein deutsches Schiff bereit, doch dürfte die Reise dorthin schwierig werden, da das Land von Vera Cruz bis zur Stadt Mexiko größtenteils in den Händen der Rebellen ist. Unruhen brachen vorgestern auch auf der Tribüne der Deputiertenkammer aus, als angekündigt wurde.